

Eigenheimerverband Deutschland e.V. lädt Politiker zum Parlamentarischen Frühstück ein



Parlamentarier mit wohnungspolitischem Schwerpunkt waren der Einladung des Eigenheimerverbandes Deutschland zum jährlichen parlamentarischen Frühstück gefolgt und diskutierten am 23. März 2017 mit Vertretern der Mitgliedsverbände des Eigenheimerverbandes Deutschland wohnungspolitische Themen. Heinrich Rösl, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland, begrüßte die Abgeordneten und Mitglieder und stellte den Eigenheimerverband, sowie dessen Aufgaben vor. Rösl: „Ganz besonders treiben uns derzeit die Themen Wohnbauförderungsgesetz, die Wohnimmobilienkreditrichtlinie, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer und Energetische Maßnahmen, die zu einer deutlichen Verteuerung des Bauens führen, um.“ Und weiter: „Wir gestalten aktive Lobbyarbeit in Berlin, um so die Interessen der Eigenheimer zu vertreten. Die Wohnungsproblematik in Deutschland kann nur gelöst werden, wenn mehr selbstgenutzter Wohnraum gebaut wird und die

Bürger dabei in jeder erdenklichen Weise unterstützt werden.“ Sibylle Banner, Vizepräsidentin des Eigenheimerverbandes Bayern, griff das Thema „altersgerechtes Wohnen“ auf. Sie wies darauf hin, dass dieser Begriff nicht mehr zeitgerecht sei und in „familiengerechtes oder generationengerechtes Wohnen“ umbenannt werden sollte. Frank Behrend und Ralf Bernd Herden, Vizepräsidenten des Eigenheimerverbandes Deutschland, erläuterten im Anschluss die Positionen des Eigenheimerverbandes zu den Herausforderungen Wohnimmobilienkreditrichtlinie und Energetische Maßnahmen. Zusätzlich wurde die Forderung, dass WEG-Verwalter eine Berufszulassung erhalten müssten und nur mit dieser tätig werden dürften, bekräftigt. Bei der anschließenden Diskussion zwischen Politikern und Verbandsangehörigen wurde einmal mehr deutlich, dass die Wohnungspolitik ein beherrschendes Thema in Berlin im Wahljahr ist. Durchgehend ist man in der Bundeshauptstadt der Meinung, dass bislang in diesem Arbeitsfeld zu wenig geleistet wurde und dass man sich um viele Unterpunkte dieses Themenkomplexes kümmern müssen. Dabei müsse Wohnungspolitik mit Familienpolitik und anderen Ministerien eng verknüpft werden, Zuschüsse für generationsgerechtes Bauen müssten ebenso auf den Weg gebracht werden, wie eine Familienzulage oder ähnliche Modelle, um bauwillige Familien beim Erwerb eines Eigenheimes zu unterstützen. Die Stärkung des Wohnei-

gentums spielt für die Politiker eine große Rolle, da ein Eigenheim ein wichtiger Beitrag zur Rente ist. Die Felder Grundsteuer und energetische Maßnahmen nehmen einen großen Raum in den Diskussionen ein. „Wenn die Zinsen derzeit nicht so niedrig wären, dann gäbe es noch weniger Neubauten, denn die Auflage bei den energetischen Maßnahmen und weitere Einschränkungen für Bauwillige würden dazu führen, dass Bauen, vor allem in den Ballungsräumen, überhaupt nicht mehr möglich ist“, so ein Politiker. Am Ende des Parlamentarischen Frühstücks und nach einer interessanten Diskussion zwischen den Parlamentariern und den Vertretern des Eigenheimerverbandes nahmen beide Seiten „Hausaufgaben mit nach Hause“. Auf Abgeordneten-Seite war man sich einig, dass der Eigenheimerverband Themen in die breite Bevölkerung tragen, Denken beeinflussen und Entscheidungen vorbereiten kann. Auf Seiten des Verbandes machte der Präsident Heinrich Rösl, deutlich, dass viele Positionen nur mit der Politik eingenommen werden und wohnungspolitische Themen nur gemeinsam in Zukunft positiv vorangetrieben werden können. In einer Sache war man sich absolut einig: Die Hin- und Herschieberei von Kompetenzen und Herausforderungen zwischen unterschiedlichen politischen Stellen muss aufhören und es muss schneller und flexibler auf die Anforderungen der Bau- und Wohnungsherausforderungen reagiert werden. ■